

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Dr. Johannes Margreiter, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Korruptionsbekämpfung**

**eingebraucht im Zuge der Debatte in der 181. Sitzung des Nationalrats über den
Dringlichen Antrag des Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Genossinnen und
Genossen betreffend ÖVP-Korruption beenden statt aussitzen -
Sofortmaßnahmen zur Stärkung von Transparenz, Aufklärung und Anstand
sowie Neuwahlen als einziger Weg**

Die veröffentlichten Protokolle über die Vernehmung des ehemaligen CEO der ÖBAG sowie des ehemaligen Generalsekretärs im Finanzministerium Thomas Schmid durch die WKStA zeigen in einem erschreckenden Ausmaß, wie fest die Korruption Österreich im Griff hat. In Verbindung mit den Aussagen von Bundeskanzler Karl Nehammer im Rahmen des diesjährigen ORF-Sommergesprächs, wonach Beurteilungsmaßstab dafür, welches Ausmaß von Korruption zu tolerieren ist, nur das Strafrecht sein könne, ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die derzeitigen strafrechtlichen Bestimmungen offenbar bei weitem nicht ausreichen, die in Österreich grassierende Korruption nachhaltig zu bekämpfen. Es sind daher in diesem Bereich dringend Nachschärfungen erforderlich.

Nachdem gesetzgeberische Eingriffe in das materielle Strafrecht aufgrund ihrer weitreichenden Bedeutung sehr gut überlegt sein wollen und sehr gut begründet sein müssen, ist es angezeigt, beim Bundesministerium für Justiz umgehend eine mit Experten aus der Legistikabteilung des Ministeriums, aus der Strafrechts-Wissenschaft, aus der Rechtsanwendung und der Politik besetzte Taskforce einzurichten, welche den Auftrag erhält, bis Ende 2022 einen Begutachtungsentwurf betreffend eine Korruptionsbekämpfungs-Novelle des StGB auszuarbeiten. Es geht darum, die bestehenden Tatbestände (z.B. § 153 StGB) nachzuschärfen, Strafdrohungen im gebotenen Ausmaß zu erhöhen und zusätzliche korruptionsträchtige Tatbestände zu erfassen, wie z.B. Inseraten-Korruption, Wahlkampfkostenüberschreitungen, Vorlage unvollständiger oder unrichtiger Rechenschaftsberichte der Parteien.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz wird aufgefordert, beim BMJ umgehend ein Task-Force mit dem Auftrag einzurichten, bis längstens Jahresende einen Begutachtungsentwurf zu einer Korruptionsbekämpfungs-Novelle des StGB vorzulegen."


(MARGREITER)
(LEICHTFRIED)
(SEIDL)
(MAYER)
(WERNER)

